

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowicz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 30 Gr., für Polen 30 Gr. Bei gerichtl. Beirteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 116 **Dienstag, den 24. Juli 1928** 46. Jahrgang

Vor dem Rücktritt Zaleskis?

Umbildung des Warschauer Kabinetts — Differenzen zwischen Pilsudski und Bartel

Der europäische Prüfstein

Die von Völkerverbund einberufene Sonderkonferenz über Ein- und Ausfuhrverbote ist inzwischen mit einem erfolgreichen Ergebnis abgeschlossen worden. Es ist trotz vieler Schwierigkeiten gelungen, zwei wichtige handelspolitische Abkommen zu unterzeichnen. Das eine bezieht sich auf die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote; das andere auf die Beschränkung im Handelsverkehr mit Italien, Belgien und Rußland. In der Unterzeichnung dieser beiden Abkommen haben wir eine positive Bilanz der Genfer Weltwirtschaftskonferenz zu erblicken. Wie sich aber der „Geist von Genf“ durchsetzt, mag aus dem hervorgehen. Schon im November vorigen Jahres beendete sich eine Konferenz mit den Ein- und Ausfuhrverboten. Die Verhandlungen, die drei Wochen in Anspruch nahmen, verliefen ergebnislos. Auch von der Konferenz im Juli 1928 erwartete man, daß sie ausgehen würde wie das Hornberger Schießen. Das ist nicht geschehen ist, so gebührt der Dank dem holländischen Präsidenten der Konferenz, der durch eine äußerst geschickte Lenkung den Erfolg der Verhandlungen sicherte.

Es war selbstverständlich nicht ganz leicht, die Vertreter von 20 Nationen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, unter einen Hut zu bringen. Nur ungern entschlossen sie sich, auf die Ausfuhrverbote zu verzichten und taten ihr Möglichstes, um diese durch sogenannte Vorbehalte aufrecht zu erhalten. In dem Jahre notwendig werdenden Freizügigkeit der Güter während England an dem Einfuhrverbot für Farbstoffe zu müssen glaubt. Den deutschen Vertretern kann man nicht genug danken, daß sie redliche Arbeit im Kampfe gegen den Protektionismus geleistet haben, wenn sie ihre Wünsche auch nicht durchsetzen konnten. So blieben die Ausfuhrverbote für die Hauptindustrien des deutschen Handels bestehen. In ihnen ist die tschechoslowakische Interessierten. Selbstverständlich hat Deutschland diesen Vorbehalt andere Maßnahmen entgegengesetzt, um eine Chance zu haben, früher oder später endgültig aufzuräumen. Bestehen bleibt auch das englische Farbstoffeinfuhrverbot. Werden die tschechischen Quarz- und Hopfenvorbehalte erhalten. Durch sie wird der deutsche Handel auch in Zukunft gehindert, während an den übrigen von der Konferenz gestifteten Verboten der deutsche Handel desinteressiert ist. Man muß die von der Konferenz angenommene Freizügigkeit und Zelle als für Deutschland äußerst wichtig bezeichnen, da die deutsche Wirtschaft polnische, ungarische und tschechische Güter in großen Mengen verarbeitet.

Wichtig ist so im Rahmen des Völkerverbundes mit dem so wichtigen Kampf gegen den Protektionismus Ernst gemacht. Wichtig aber ist die Tatsache, daß mit den beiden in der bezeichneten Abkommen zum ersten Male so etwas wie ein Handelsabkommen abgeschlossen worden sind. Die Abkommen bleiben aber auf dem Papier stehen, falls sie den Parlamenten der beteiligten Länder ratifiziert werden. Das auf jeden Fall geschehen wird, kann man leider nicht behaupten, da die Vertreter mehrerer Regierungen schon in der Verhandlungslinie liegen, daß sie die Ratifikation durch die Parlamente ihrer Länder für fraglich halten. Allem Anschein nach ist es, um die Ratifizierung zu sichern, noch besonderer Anstrengungen zwischen den beteiligten Ländern. Die gegebene Gelegenheit dafür dürften die Handelsvertragsverhandlungen sein. So werden die Polen und auch wohl die Tschechoslowaken zweifellos ratifizieren, wenn sie mit Deutschland bestehende Handelsverträge erhalten bzw. wenn das bestehende Handelsabkommen in ein endgültiges Abkommen umgewandelt wird. Auch die Beantwortung der Frage, ob das englische Einfuhrverbot nach dem Jahre 1930 weiter bestehen bleibt oder nicht, hängt wohl davon ab, ob sich Deutschland und England auf einen Gebiet der Kohle verständigen. Geringere wird Amerika, die Ratifizierung z. B. Deutschland großes Interesse hat. Die Ratifizierung für die Ratifizierung eine endgültige Regelung im Rahmen des Völkerverbundes und der Filmfrage fordern. Auf diesen Gebieten wird die amerikanische Einfuhr bekanntlich durch Preisstärkung der Einfuhrverbote stark beeinträchtigt. Das Filmverbot hat den Handel in Genf nicht zur Debatte, da der Film eine „kulturelle Ware“ sei.

Auf dem Wege zur Ratifikation der beiden Genfer Abkommen besteht allerdings die Gefahr, daß Konventionen, die von den beteiligten Staaten im Rahmen des Völkerverbundes ausgehoben und anerkannt wurden, nochmals bei den handelspolitischen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern zu Streitobjekt gemacht werden. Bei der engstirnigen protektionistischen Einstellung vieler Regierungen in Europa kann man, falls dieses

Die „Polsche Zeitung“ berichtet aus Warschau: Seit einigen Tagen wird in politischen Kreisen die angeblich bevorstehende Demission des polnischen Kabinetts eifrig besprochen. Der Version, daß der Ministerpräsident Bartel, der seine Urlaubsreise nach Marienbad angetreten hat, nach der Rückkehr demissionieren werde, wird von unterrichteten Kreisen widersprochen. Dagegen gewinnt das Gerücht, daß der Außenminister Zaleski sein Portefeuille an den gegenwärtigen polnischen Gesandten in Moskau, Patel, abgeben soll, an Wahrscheinlichkeit. Zaleski selbst wird in diesem Falle polnischer Gesandter in London werden, für welchen Posten er bereits mehrfach ausersuchen war. Für die Nachfolge Patels in Moskau wird die Kandidatur des Fürsten Janus Radziwill genannt, der früher bereits eine ähnliche Ernennung für einen Balkanstaat abgelehnt hat.

Auch in Kiew soll eine Personaländerung bestehen, und zwar wird für diesen Posten der gegenwärtige Leiter der Ostabteilung im Außenministerium, Solowko genannt, der bisher die polnische Delegation für die Verhandlungen mit Litauen geführt hat. Auch soll der bisherige Direktor des deutschen Departements im Außenministerium, Jaczkowski, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, auf diesen Posten nicht mehr zurückkehren. Er wird jetzt von dem Pariser Botschaftsrat Arciszewski vertreten, der voraussichtlich auch sein Nachfolger werden dürfte. Der Direktor des politischen Protokolls, Graf Stefan Przejdzicki, der diesen Posten seit dem Jahre 1919 bekleidet, wird demnächst den Gesandtenposten beim Quirinal in Rom antreten. Sein Nachfolger wird sein Bruder, Konrad Przejdzicki.

Die Revolution in Lissabon niedergeschlagen

Paris. Wie die Pariser Blätter aus Lissabon melden, haben sich die Offiziere und Mannschaften, die am Freitag Abend in der Zitadelle gemeutert hatten, ergeben. Die Zitadelle ist von Regierungstruppen besetzt worden. Führer der Bewegung war der Kommandant der Festungsgarrison, Hauptmann Gonzalve. Vor der Niederschlagung des Aufstandes ist es verschiedentlich zu Feuergefechten zwischen den Regierungstruppen und den Meuterern gekommen, wobei auch Artillerie verwendet wurde.

Die Aufbedung der neuen Verschwörung in Spanien

Verhaftungen auf französischem Boden. Paris. Auf Grund einer Mitteilung der spanischen Behörden hat die Polizei in Narbonne im Zusammenhang mit der vor kurzem aufgedeckten Verschwörung gegen den spanischen König vier Verhaftungen vorgenommen. Bei den Verhafteten, französischen und spanischen Anarchisten, wurden Schriftstücke gefunden, aus denen hervorgeht, daß anlässlich der Zusammenkunft des spanischen Königs mit dem Präsidenten Doumergue

in Canfranc ein Anschlag auf König Alfons verübt werden sollte. Gleichzeitig war auch ein Einfall spanischer Verschwörergruppen über die Grenze nach Spanien geplant.

Frankreichs Pflicht zur sofortigen Rheinlandräumung

Paris. Der sozialistische „Soir“ verteidigt sich gegen die Angriffe fast der gesamten französischen Presse, die der sozialistischen Partei die Verantwortung der bedingungslosen Rheinlandräumung zum Vorwurf macht, und schreibt, Deutschland habe das Recht, die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, die im Versailler Vertrag vorgesehen sei, zu verlangen, wenn es keine Verpflichtungen erfüllt habe. Pflicht Frankreichs sei es also, der Räumung zuzustimmen, wenn Deutschland keine Veräußerungen vorgeworfen werden können. Die sozialistische Partei hätte den Beweis erbracht, daß die Rheinlandbesetzung die Sicherheit Frankreichs nicht erhöhe und daß sie im Gegenteil ein ernstes Hindernis für die deutsch-französische Annäherung bilde.

Die Suche nach Amundsen wird fortgesetzt

Oslo. Nach einer Mitteilung der Admiralität werden norwegische und französische Kriegsschiffe und Küstendampfer die Suche nach Amundsen fortsetzen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Eisbrecher „Malgin“, nachdem er noch das Gebiet der Hoffnungs- und Karlsinseln nach Amundsen abgesehen hat, die Eisgrenze verlassen und ist jetzt nach Archangelsk unterwegs. Von der „Latham“ und ihrer Besatzung konnte keine Spur festgestellt werden.

Der französische Ozeanflug

Paris. Schiffsleutnant Paris ist am Sonntag um 17.05 Uhr in Brest zu seinem Ozeanflug gestartet. Um 11 Uhr erhielt er vom Marineministerium die telegraphische Weisung, den Flug über den Atlantischen Ozean zu versuchen, wenn er die Wetterbedingungen für günstig erachte. Das Telegramm empfahl die größte Flugszeit sowohl auf dem St. wie auf dem Rückflug über Neufundland. Vor dem Start erklärte Schiffsleutnant Paris, daß er nicht mehr als 16 Stunden für die 2080 Kilometer betragende Entfernung West-Agoren zu denstigen gedenke. Auf den Agoren wird das Wasserflugzeug „La Fregate“ von einem französischen Aviso mit neuem Brennstoff versehen. Paris rechnet für die weitere Flugstrecke von insgesamt 5760 Kilometern über die Bermudas-Inseln nach Neuyork mit einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 140 Kilometer.

Noch ein Todesopfer der Italiaexpedition

Berlin. Der „Montag“ meldet aus Kingsbay, daß sich am Sonntag an Bord der „Citta di Milano“ ein Todesfall ereignete, obgleich über die Person des Verstorbenen strengstes Stillschweigen gewahrt werde, glaube man doch annehmen zu dürfen, daß es sich dabei um den Marineoffizier Marano, den einen Ueberlebenden der Malmgræe-Gruppe handele. Marano mußte vor einigen Tagen ein

dennoch geschehen sollte, damit rechnen, daß es überhaupt nie zu einer Ratifizierung kommt und daß man in Genf umsonst gearbeitet hat. Die im Juli angenommenen Konventionen in Genf sind deshalb ein Prüfstein, ob sich Europa von einem vererblichen Protektionismus abwenden will oder nicht.

Bein amputiert werden. Außerdem soll der andere Ueberlebende der Malmgræe-Gruppe, Jappi, schwer erkrankt sein.

Zukunftsmusik

„In Polen wird es gut sein.“ Bei seiner letzten Rundreise durch Polen erklärte der Staatspräsident Moscicki in Czartowice u. a.: „Vor ungefähr zwei Jahren habe ich gesagt „In Polen wird es gut sein“. Und es muß gut werden, nicht nur deswegen, weil ich dieses Polen liebe, sondern, weil ich auf Grund der Beobachtung und Prüfung der Zahlen zu dieser Ueberzeugung gekommen bin. Die Entwicklung Polens schreitet außerordentlich schnell vorwärts. Wenn es in gleichem Tempo weitergeht, so werden wir nicht nur unseren Nachbarn gleichkommen, sondern diese sogar überholen, denn es ist Naturgesetz, daß derjenige, der ein schnelleres Entwicklungstempo aufweist als andere, diese nicht nur einholt, sondern überholt. Augenblicklich steht Polen von allen Ländern Europas in bezug auf das Tempo der Entwicklung an der Spitze. Schon in der nächsten Zukunft sehe ich den Augenblick, wo unsere Nachbarn uns nicht nur bewundern, sondern sogar beneiden (!) werden. Bedingung hierfür ist jedoch unermüdete Arbeit, die mit aller Energie fortgesetzt werden muß.“ Hoffen wir das Beste. Durch allzu viele Enttäuschungen sind wir aber sehr skeptisch geworden. Versprochen ist uns seit bald zehn Jahren ungeheuer viel. 1926 erklärte uns der Ministerpräsident Bartel

„W styczniu bedzie lepiej!“ (Im Januar — 1927 — wird es besser werden.) Die Preise und die dauernd wachsende Teuerung haben aber bewiesen, daß der alte Spruch von Witos leider immer noch recht behält:

„Jutro bedzie gorzej!“ (Morgen wird es schlimmer werden.) Aber hoffen wir das Beste.

Hultschin will sich in Genf beschweren

Berlin. Wie die D. A. Z. aus Prag berichtet, haben, da die Bewilligung der deutschen Schulen für das hultschiner Gebiet vom Unterrichtsminister Hodza nicht zu erreichen ist, die deutschen Hultschiner dem Staatspräsidenten Masaryk eine Denkschrift überreicht. Darin berufen sie sich auf den Minderheitenschutzvertrag und drohen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, sich über Verletzungen dieses Vertrages beim Völkerverbund zu beschweren.

